

Manche sagen: Weil es kein Urteil gibt, war der Prozess vergebens. – Dazu möchte ich den Opfern sagen: Man kann die Toten zwar nicht wieder lebendig machen, und man kann auch nicht das Leid beseitigen, aber der Prozess war nicht vergeblich, denn das Strafverfahren hat viele neue Erkenntnisse hervorgebracht, was dort schief gelaufen ist. Diese wollen wir jetzt aufgreifen, analysieren und für die Zukunft nutzen, damit so etwas nie wieder geschieht. Deshalb war der Prozess auch nicht vergeblich.

Das finanzielle Signal, das der Landtag heute setzt, ist nur ein Symbol. Der Landtag und die Landesregierung signalisieren ihre Verpflichtung gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen. Dafür werden heute 5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Sie sollen sehr schnell denen zugutekommen, die Leid erfahren haben. Es ist eine weitere Leistung des Landes; eine erste gab es bereits ganz am Anfang.

Ich finde, es ist das Mindeste, das wir tun können. Es ist das Mindeste, die Menschen nicht zu vergessen und in Empathie an sie zu erinnern. Wir müssen es als unsere Verpflichtung wahrnehmen, alles zu tun, damit so etwas nicht wieder geschieht.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/9799. Wer möchte diesem Antrag folgen? – Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Langguth. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Damit ist der **Antrag Drucksache 17/9799** einstimmig **angenommen** worden. Ich danke Ihnen sehr.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Ich rufe auf:

2 Schließungswelle beim Kaufhaus-Konzern „Galeria Karstadt Kaufhof“ ist der nächste Tiefschlag für die Beschäftigten und Kommunen in NRW – Die Landesregierung muss erklären, welche Hilfen sie für die Beschäftigten und die betroffenen Städten plant!

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/9889

In Verbindung mit:

Droht die Verödung der Innenstädte in NRW? Was passiert nach den angekündigten Filialschließungen von Galeria Karstadt Kaufhof und Karstadt Sports und mit unseren Innenstädten und den betroffenen Mitarbeitern?

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9890

In Verbindung mit:

Lebendige und attraktive Innenstädte – Schließungen von Galeria Karstadt Kaufhof ist harter Schlag für Beschäftigte und Kommunen

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/9891

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, AfD und SPD haben jeweils mit Schreiben vom 21. und 22. Juni gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu dieser aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Abgeordneten Rimmel das Wort.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es ist nicht so ganz einfach, nach dieser eindrucksvollen Debatte, die auch mich bewegt hat, den Übergang ins Tagesgeschäft zu finden. Aber ich habe jetzt diese Aufgabe und werde es versuchen.

Was liegt bei dem Thema „Galeria Karstadt Kaufhof“ eigentlich näher, als nostalgisch zu werden. Ich bin Jahrgang 1962 und kenne es nicht anders, als beim Einkaufen in der Innenstadt meiner Heimatstadt auch bei Kaufhof und Karstadt vorbeizugehen. Das gilt bis heute. Die Kolleginnen und Kollegen, die jüngeren Datums sind, müssen das so verstehen: Was Sie heute im Internet als Marktplatz der Möglichkeiten und der unbegrenzten Warenwelt erleben, waren und sind für uns Karstadt und Kaufhof.

Aber es geht eben nicht um Nostalgie und Vergangenheit. Man könnte sagen: Für die Älteren lassen wir ein paar Kaufhäuser denkmalgeschützt stehen, damit sie auch noch was im Leben haben. – Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stehen am Anfang eines tiefgreifenden Umbruchs unserer Städte. Wir stehen deshalb am Anfang, weil das, was Jahrtausende Stadt ausgemacht hat, nämlich Markt und Handel, Stadt nicht mehr braucht.

Handel findet zunehmend virtuell statt. Deshalb sind die Städte herausgefordert, diese Herausforderung mit neuen Möglichkeiten, die die Stadt bietet, zu beantworten. Dabei kann man achselzuckend am Rande stehen und sagen, wie es ein Teil des Parlaments wahrscheinlich tun wird: Das ist die Marktentwicklung. – Nein, sage ich dagegen, wir müssen den Anspruch haben, dies zu gestalten, und zwar demokratisch und mit Mitsprache.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist schon verrückt, was derzeit passiert. Wir befinden uns in der Hochphase einer weltweiten Krise, gleichzeitig aber sind die Börsen in Feierlaune.

Aus der Realwirtschaft hören wir allerdings täglich Hiobsbotschaften. Am Freitag letzter Woche kam dann die Ankündigung von Galeria Karstadt Kaufhof, auf einen Schlag 62 der 172 Filialen dichtzumachen, davon 18 – also mehr als nach dem Königsteiner Schlüssel – in NRW. Am Sonntag setzte der Konzern noch eines drauf: 20 der 30 Sporthäuser stehen zur Disposition, insbesondere auch wieder in Nordrhein-Westfalen.

Man muss sich das mal vorstellen: Mitten in der Coronakrise will eines der größten deutschen Einzelhandelsunternehmen 6.700 Beschäftigten einfach den Stuhl vor die Tür stellen. Ich frage da nur mal ganz vorsichtig. Ich habe mir die Presseschau der letzten Tage angeschaut. Wo, bitte schön, ist da die Landesregierung? Kein Ministerpräsident,

(Beifall von Monika Düker [GRÜNE])

kein Wirtschaftsminister – ein kleiner Artikel im „Handelsblatt“ –, keine Städtebauministerin! Wo bleibt an dieser Stelle die Landesregierung mit ihrer Initiative?

(Beifall von den GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Arbeitsminister, sehr geehrter Herr Pinkwart, sehr geehrte Frau Scharrenbach, jetzt gilt es, unmissverständlich persönlich zur Verfügung zu stehen, mit allen Mitteln an der Seite der Beschäftigten, an der Seite der Kommunen und Städte, an der Seite der Gewerkschaften zu stehen. Zwingen Sie den Konzern an den Tisch, ringen Sie um jeden Arbeitsplatz, ringen Sie um jeden Standort, ringen Sie um jede Immobilie und die Zukunft unserer Städte!

Das Mindeste, was wir den Beschäftigten jetzt schuldig sind, ist ein Sozialplan, der seinen Namen verdient, ist eine Auffanggesellschaft, die die Menschen qualifiziert und verpflichtet, für die Dauer dieser Krise niemanden einfach auf die Straße zu setzen. Man muss sich das mal bewusst machen: Während Tausende kleine Einzelhändler seit Monaten versuchen, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oft aus dem privaten Vermögen durch die Krise zu ziehen, nutzt ein Großkonzern hier ganz offensichtlich auf zynische Weise die Gunst der Stunde. Um es klar zu sagen,

meine sehr verehrten Damen und Herren: Ich glaube, das Ganze hat Methode.

Seit der Übernahme durch die SIGNA Holding im Jahr 2018 war die Strategie klar abzusehen. Nicht einen Tag lang ging es darum, Traditionskaufhäuser zu erhalten. Alles, woran dieser Konzern interessiert ist, sind konzerneigene Immobilien. Allesamt bezahlt, allesamt in A-Lagen, Spekulationsobjekte, wie gemacht für jede erdenkliche Schweinerei – sage ich da mal – am Immobilienmarkt!

Die Erfahrungen mit früheren Schließungen in Innenstädten dürfen sich einfach nicht wiederholen. Klar ist, in Düsseldorf wird es wahrscheinlich keine Probleme geben. Aber denken wir an Witten, denken wir an Brühl und an Gummersbach. Aber auch in größeren Städte wie Dortmund wird es genauso wie in Essen Probleme geben.

Neben diesen Beschäftigten sind es gerade die Städte mit ihren Möglichkeiten und zukünftigen Chancen in den Innenstädten, die unsere Solidarität brauchen. Wir brauchen Solidarität mit der kommunalen Familie. Holen Sie die Städte an einen Tisch, machen Sie schnell, und machen Sie dem Konzern vor allem eines klar: Spekuliert wird in Nordrhein-Westfalen nicht. Und wenn es nötig ist, dann werden wir alle Möglichkeiten des Baugesetzbuches einsetzen, um das zu verhindern!

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich meine, dass es durchaus sinnvoll ist, das Baugesetzbuch mal bis zum Ende anzusehen, wenn es um die Probleme in unseren Innenstädten geht. Es ist allerhöchste Zeit, auch die Innenstadtentwicklung und die Politik der Stadtentwicklung vom Kopf auf die Füße zu stellen. Es ist eben nicht mehr der Einzelhandel, der für attraktive Innenstädte sorgt, wie das von Ihnen immer noch mit ein paar Veränderungen in Richtung Digitales angedacht wird. Es sind attraktive Innenstädte, die überhaupt erst ein Mindestmaß an stationärem Einzelhandel ermöglichen. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nicht trivial. Es geht darum, dass unsere Städte und Gemeinden auch finanziell für die Zukunft handlungsfähig werden. Deshalb gehört zum Beispiel ein Alt-schuldenfonds dazu,

(Beifall von den GRÜNEN)

um diese Option für die Zukunft zu ermöglichen. Es geht nicht darum, das Vergangene besser zu machen, sondern es geht darum, die Chancen der Zukunft zu nutzen. Das geht nur mit Investitionen. Wenn man kein Geld in der Tasche hat, kann man eben nicht investieren. Es geht darum, nicht nur Folklore und Fachwerk zu betreiben, sondern sich auch mit Vorkaufsrechten, Sanierungssatzungen und Neuordnungsverfahren zu beschäftigen. Dafür brauchen die Kommunen Ihre und unsere Unterstützung.

Kommen Sie mir nicht mit dem, was Sie möglicherweise nächste Woche im Coronahaushalt verkünden. Ein paar Informationsveranstaltungen für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker helfen da nicht weiter. Wir brauchen neue Prioritäten in der Städtebauförderung, die gerade diese Attraktivität unserer Innenstädte ermöglichen und unterstützen.

Präsident André Kuper: Herr Kollege, die Redezeit ist abgelaufen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe, dass das heute der Anfang einer Initiative des Landes ist, die die Städte und Gemeinden, die derzeit in Not sind, und vor allem die Beschäftigten unterstützt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Danke schön. – Für die Fraktion der AfD hat der Abgeordnete Strotebeck das Wort.

Herbert Strotebeck (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der lange Leidensweg der Mitarbeiter der ehemaligen Warenhausgiganten – aktuell nur noch Galeria Karstadt Kaufhof – findet seinen traurigen Höhepunkt in der Coronapandemie. Die Mitarbeiter haben am letzten Wochenende eine Horrornachricht in diesen schwierigen Zeiten bekommen, nachdem noch im März der Inhaber René Benko selbstbewusst verkündete: Beim Kaufhof sind wir mit dem Stellenabbau durch.

Viele Großstädte in Nordrhein-Westfalen und in ganz Deutschland werden sich durch diese Entscheidung radikal verändern – leider nicht zum Besseren. Ein wichtiges Ankereinzelfhandelsgeschäft geht verloren. Wir wissen zwar noch nicht, ob es wirklich so schlimm kommt, wie es bis dato verlautbart wird, aber es wird viele Innenstädte nachhaltig verändern. Es ist egal, ob es um Essen, Düsseldorf, Gummersbach oder andere Städte geht – jede betroffene Kommune wird ein individuelles Problem haben.

Der neue Mann an der Unternehmensspitze, der ehemalige Finanzvorstand Miguel Müllenbach, wird das Unternehmen wahrscheinlich auch nicht retten können. Über die Immobilieninteressen des Inhabers haben wir ja gerade schon etwas gehört.

Aber was kann die Politik tun? Sicherlich kann Politik nicht den Markt künstlich am Leben erhalten, und natürlich unterliegt auch der Einzelhandel dem allgemein technologischen Wandel, getrieben durch das Internet. Hier muss Politik Rahmenbedingungen setzen, damit es zumindest in der Zukunft am Markt gerecht zugehen wird.

Die von den Grünen geforderte Einführung von Kaufvor-Ort-Gutscheinen ist an teurer und nutzloser Hilflosigkeit kaum zu überbieten. Politik muss sich auch der besonderen Bedürfnisse von Innenstädten annehmen. Diese müssen sicher und sauber gehalten werden. Außerdem müssen die Innenstädte für die Kunden gut erreichbar bleiben. Der Kampf gegen das Auto in der Innenstadt muss endlich beendet werden. Es kommen sonst keine kaufkräftigen Kunden aus dem Umland, weil dann das Einkaufen kein Erlebnis mehr ist, sondern schlicht und ergreifend schon die Anfahrt zur Tortur wird.

Die x-te Fahrradspur – heute ist wieder eine eröffnet worden – bringt nicht Kunden aus dem Umland. Gleiches gilt für die sogenannten Umwelts Spuren, welche sich als Stauspuren erwiesen haben und das Erreichen der Innenstädte erheblich erschweren und behindern.

Forderungen nach einem generellen Tempo 30 bringen ebenso nicht weiter, auch wenn die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker es unbedingt will. Es soll selbst Kölner CDU-Abgeordnete geben, welche diese Forderung kritisiert haben.

Die Städte dürfen sich auch nicht als Abkassierer in Bezug auf Parkgebühren hervortun, auch wenn die Kaufhäuser dem nicht nachstehen. Die Kritik sollte hier auch angebracht sein.

Der ÖPNV ist ebenfalls keine Lösung. Wer hat schon Lust, mit schweren Einkaufstüten durch schmutzige und gefährliche Bahnhöfe zu gehen?

Wenn diese Kunden ausbleiben, leidet auch die lokale Gastronomie, und dann bleibt nicht mehr so viel. Amazon und andere Onlinedienste können sich keinen besseren Verbündeten wünschen als Politiker, die den Zugang in die Innenstädte zum Spießrutenlauf machen.

(Beifall von der AfD)

Unsere Wirtschaft muss in Zeiten von Corona möglichst schnell wieder von ihren Fesseln befreit werden, weil 7 Millionen Kurzarbeiter und voraussichtlich – Sie konnten es aktuell lesen – 3 Millionen Arbeitslose für den Konsum ganz einfach fehlen. Wir müssen deshalb alle unseren Fokus auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau nach Corona legen, sonst haben wir Hunderte ähnliche Fälle wie Galeria Karstadt Kaufhof, nur im Kleinen. Das heißt, die staatlichen Aufgaben müssen auf den Prüfstand und immer wieder hinterfragt werden. Nur so hat der Bürger mehr Geld in der Tasche und kann auch mehr konsumieren.

Der stationäre Einzelhandel betreibt neben dem eigentlichen Geschäft auch eine Form der Stadtpflege. Er verhindert eine Verödung der Innenstädte. Politik kann aber die Rahmenbedingungen vorgeben. Politik muss ein klares Statement abgeben, dass unsere Innenstädte attraktiv sein sollen und auch gerade für

Menschen aus der Peripherie bleiben. Sonst haben wir bald immer mehr leerstehende Ladenlokale.

Wir müssen unsere Innenstädte so gestalten, dass die Konsumenten ein Einkaufserlebnis auch wirklich erleben wollen und können. Andernfalls wird nämlich der Rückzug ins Private den Weg ins Internet immer mehr fördern, und das gilt es zu vermeiden. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der SPD hat die Abgeordnete Frau Kapteinat das Wort.

Lisa-Kristin Kapteinat (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Während wir hier über die Schließung von 18 Standorten großer Kaufhäuser in Nordrhein-Westfalen sprechen, wird gerade in Hessen die Lufthansa mit 9 Milliarden Euro Staatshilfe gerettet. 9 Milliarden Euro für ein Luftverkehrsunternehmen, das einen Börsenwert hat, der ziemlich genau der Hälfte der Hilfen entspricht. Trotzdem ist es richtig, dieses Geld in die Hand zu nehmen. Dieses Rettungspaket der Bundesregierung geht auch zurück auf die Initiative der hessischen Landesregierung.

Was machen wir hier bei Kaufhof und Karstadt? Wir vergießen Krokodilstränen und bedauern jede Schließung. Nur, dass wir uns nicht falsch verstehen: Mir macht es große Sorge. Hinter den vielen Arbeitsplätzen, die gerade schon angesprochen sind, steht eben nicht nur eine Zahl, sondern dahinter stehen Menschen, die sich gerade fragen: Was bedeutet das für mich? Ist mein Arbeitsplatz verloren? Finde ich, gerade in der derzeitigen Coronasituation, einen neuen Arbeitsplatz? Wie kann ich zukünftig meine Familie ernähren? Was müssen wir tun? Es sind in erster Linie wieder Frauen betroffen.

Warum versuchen wir nicht, Karstadt und Kaufhof zu retten? Ich weiß, dass es nicht Corona war, das Galeria Karstadt Kaufhof in Bedrängnis gebracht hat. Das waren Fehler der Führungsetage, die schon viel früher passiert sind.

Aber das ändert es nicht. Es rechtfertigt nicht, dass wir jetzt nichts tun. Denn das, was jetzt in unseren Innenstädten kaputtgeht, das geht zwar während Corona kaputt, aber das bleibt kaputt. Das bleibt auch kaputt, wenn Corona wieder weg ist, wenn wir alles tun, um die Wirtschaft wieder hochzufahren, wenn wir unterstützen wollen. Denn gerade in den kleinen Städten sind Galeria Karstadt Kaufhof und die Arbeitsplätze nicht nur solitär zu sehen, sondern es sind Magnete, es ist wichtig. In dem Bereich wurde auch hier von Systemrelevanz gesprochen, und ich glaube, das ist richtig. Denn es sind nach wie

vor Kaufhäuser, die Menschen in die Innenstädte ziehen.

Das heißt, wir müssen uns nicht nur darum sorgen, dass diese Kaufhäuser kaputtgehen und nicht wieder neu entstehen, dass dort Leerstand entsteht, nein, wir müssen uns auch darum sorgen, dass weitere kleine Einzelhändler darunter leiden und vielleicht nicht standhalten können.

Kaufhof und Karstadt wollen vor allem die teuren Innenstadtlagen räumen und in den großen Einkaufszentren vor den Toren der Stadt bleiben. Der Leerstand wird die betroffenen Kommunen am Ende sehr viel Geld kosten, vermutlich mehr als das, was wir jetzt vielleicht für eine Rettung in die Hand nehmen können.

Ich fordere daher die Landesregierung auf, sich für eine Rettung von Kaufhof und Karstadt stark zu machen. Denn was in Hessen geht, darf auch in Nordrhein-Westfalen nicht unmöglich sein. Vielleicht würde sogar Herr Söder Herrn Laschet dabei helfen. Zumindest wäre es einen Versuch wert. Das ist das, worum ich Sie, Herr Ministerpräsident, aber auch Sie, die anwesenden Minister, dringend bitte. Lassen Sie es uns wenigstens versuchen. Wir dürfen nicht danebenstehen und zusehen. Wenn wir wollen, können wir einiges erreichen – und wir als SPD-Fraktion wollen das; auch zugunsten der 6.000 Beschäftigten und ihrer Familien, denn diese Menschen sind für uns systemrelevant. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und Arndt Klocke [GRÜNE])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Kapteinat. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Kehrl.

Oliver Kehrl (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Nachrichten, die uns in den vergangenen Tagen zu Karstadt Kaufhof erreichten, machen uns sehr nachdenklich. Landesweit werden wohl 62 der 170 Filialen schließen; 18 davon stehen in NRW vor dem Aus, Karstadt Sports kommt noch hinzu. Für die über 6.000 Beschäftigten sind damit Zukunftsängste verbunden – die Sorge und die Angst um den Arbeitsplatz.

Seit vielen Jahren prägen die Geschäfte der Warenhauskette unsere Innenstädte und sind Ankerpunkte in zahlreichen Einkaufsstraßen. Viele Menschen in Nordrhein-Westfalen haben einen ganz persönlichen Bezug zum Unternehmen. Ich bin Köln in der Innenstadt direkt neben Kaufhof aufgewachsen. Mein Bruder hat dort seine Lehre gemacht und seine Frau kennengelernt. Solche Geschichten verbinden viele Menschen in Nordrhein-Westfalen mit Karstadt Kaufhof.

Bereits seit einigen Jahren hat Karstadt Kaufhof mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen, und innerhalb des Konzerns wurden immer wieder Restrukturierungen und der Abbau von Arbeitsplätzen vorangetrieben. Nach der Entscheidung über den Firmensitz im vergangenen Jahr habe ich persönlich viele Gespräche mit der damaligen Konzernleitung geführt, gerade auch, um den Standort Köln zu stärken.

Neben der für den Einzelhandel insgesamt schwierigen Situation, die mit Sicherheit besonders für Unternehmen mit Häusern mit derartigen Großflächen gilt, wird jedoch deutlich, dass Karstadt Kaufhof an vielen Stellen die Zeit verschlafen hat. Es fehlten moderne und relevante Sortimente, um neue Zielgruppen auf die Flächen zu locken. Durch Personalkürzungen wurde leider an vielen Standorten der Kundenservice zunehmend schlechter.

Warenhäuser wie Karstadt Kaufhof haben sich dem dramatisch geänderten Konsumverhalten der Menschen zu langsam und zu spät angepasst. Ein weiteres Problem, das die Lage des Konzerns verschärft hat, sind die seit Langem fehlende echte Digitalstrategie sowie ein viel zu spät angegangenes und häufig unattraktives Onlinekonzept. Gerade durch die Coronazeit ist deutlich geworden, dass erfolgreiche Händler unbedingt eine gute Onlinepräsenz benötigen, um für die Kunden auf allen Kanälen sichtbar zu sein. Aber zu Wahrheit gehört auch, dass dem Mehrheitsaktionär das durch coronabedingte Insolvenzverfahren vielleicht gar nicht so unrecht kommt.

Nicht nur die aktuelle Situation von Karstadt Kaufhof macht deutlich, dass sich unsere Innenstädte und damit der stationäre Einzelhandel in einem massiven Wandel und in einer massiven Strukturkrise befinden. Dafür gibt es mehrere Ursachen: viel zu viel genehmigte Fläche, neue Einkaufszentren, großformatige Kaufhäuser, eitle Bürgermeister und Sortimentsausweitungen im Textilbereich bei den Discontern. Zudem führen die in der Vergangenheit häufig leichtfertig vergebenen Genehmigungen für Einzelhandel auf der grünen Wiese zu einer immer größeren Konkurrenz für den lokalen Handel. Zu viel Fläche, zu viel Ware, zu frühe Reduzierung – das ist ein giftiger Mix für den Handel.

Hinzu kam die übermächtige Konkurrenz des Onlinehandels mit seiner jederzeitigen und absoluten Warenverfügbarkeit, den unbegrenzten Öffnungszeiten und dem Service der kostenlosen Retouren. Amazon und Co entziehen den Städten Kaufkraft und Frequenz.

An dieser Stelle möchte ich gern auf das Thema „Verkaufsoffene Sonntage“ zu sprechen kommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, Sie haben ver.di immer im Kampf gegen verkaufsoffene Sonntage unterstützt, und nun stehen Sie hier und weinen Krokodilstränen. Das verwundert uns schon sehr.

(Zuruf von den Grünen)

Ich frage mich, ob Sie bei Ihrer Agenda jemals an die Angestellten im Handel gedacht haben.

(Zurufe von Arndt Klocke [GRÜNE] und Norwich Rübe [GRÜNE])

Ich kann mich noch sehr gut erinnern, wie der ehemalige Chef von Karstadt Kaufhof hier bei uns im Landtag war und inständig um verkaufsoffene Sonntage gebeten hat, um einer Diskriminierung gegenüber dem Onlinehandel entgegenzuwirken. Das hätte den Angestellten geholfen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Selbstverständlich sind solche Sonntage kein Allheilmittel, Herr Kollege,

(Zurufe von Norwich Rübe [GRÜNE] und Johannes Rimmel [GRÜNE] – Klocke)

aber eben ein wichtiger Baustein, um dann Umsätze zu erzielen, wenn im Onlinehandel und in Roermond der Umsatz gemacht wird.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Norwich Rübe [GRÜNE])

Nun gilt es, gerade auch vor dem Hintergrund der massiven Schließungen bei Karstadt Kaufhof, zu fragen, wie es weitergehen kann. In jeder Krise stecken auch Chancen. Wir müssen jetzt den Blick nach vorne richten und mit neuen innovativen Konzepten die Weichen für unsere Innenstädte stellen. Das Wichtigste ist zunächst, dass alle beteiligten Akteure – von der Stadt über das Citymanagement und die Einzelhändler bis hin zu den Vermietern – ehrlich und ernsthaft an einem Strang ziehen und gemeinsam nach Lösungen suchen.

Was wollen wir als CDU-Fraktion? – Wir müssen die Verantwortung für Mieterbesatz, Mieterstrukturen und Leerstandsmanagement als städtische Aufgabe begreifen, das heißt, die Kommunen müssen sich stärker einmischen und sie müssen stärker mitmischen.

Wir müssen leerstehende Kaufhäuser und Flächen neu nutzen. Wir brauchen beispielsweise neue Mischnutzung aus Handel, Handwerk, Gastronomie und kleinteiliger Produktion. Ich bin für temporäre Zwischennutzungen mit kurzfristigen Verträgen. Dafür kann die kommunale Wirtschaftsförderung bürgen oder für kurze Zeit die Miete übernehmen, damit wir dort spannende, innovative Mieter, Pop-up-Stores oder Coworking Spaces hineinbekommen.

Die Landesregierung hat gestern 70 Millionen Euro zur Belebung der Innenstädte, unter anderem mittels solcher Maßnahmen, zugesagt. Das ist es, was die Landesregierung richtig macht, Herr Kollege Rimmel. So kann man auf solche Krisen aktiv reagieren.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wir müssen die Leerstände in oberen Geschossen in Parkraum, Wohnraum, Seniorenheime oder Logistik hubs umwidmen und umwandeln. Es ist schon angeklungen, dass für die Erdgeschosslagen vitale und vielfältige Besatz- und Nutzungsmöglichkeiten zu entwickeln sind. Hierfür sollten wir an die Bauordnung, das Planungsrecht und die Immissionsschutzgesetze herangehen und in den Kommunen die Gestaltungssatzungen prüfen.

Wir müssen die Supermarktketten wieder in die Stadt bringen. Hier geht es um einen klugen Ausgleich. Einerseits lassen wir den Lebensmittelhandel seine Flächen vergrößern; im Gegenzug wollen wir andererseits, dass kleinformatige Supermärkte wieder in den Städten eröffnen können, denn sie bringen die so dringend benötigten Frequenzen zurück. In meinem Wahlkreis hat mitten im Ort sehr erfolgreich ein 500 Quadratmeter großer Discounter eröffnet. Die Expansionsseite sagt: Wir expandieren dort, wo die Menschen sind.

Der Städte- und Gemeindebund hat vorgestern völlig zu Recht eines der Hauptthemen für Handel und Städte angesprochen: die Miethöhe. – So kann es insbesondere in den Mittelstädten nicht weitergehen. Wir brauchen neue konstruktive Mietpartnerschaften. Dazu gehört auch verstärkt die Gründung von sogenannten Immobilienstandortgemeinschaften. Damit das leichter und besser geht, sollten wir das entsprechende Landesgesetz entschlacken und de-regulieren.

Alle Studien sagen uns: Am wichtigsten wird es sein, in den Innenstädten massiv die Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Hierfür braucht jede Stadt ein Konzept. Die Besucher und Kunden wollen saubere, ordentliche und sichere Städte. Hierbei können neue Beleuchtungsmodelle eine Rolle spielen. Die Kunden wollen gute Gastronomie, spannende Händler, Grünflächen und tolle Stellen zum Verweilen. Wer sich gerne aufhält, verweilt länger und macht mehr Umsatz. Hier muss dringend angesetzt werden.

Um den Handel vor Ort digital fit zu machen, bedarf es sicherer WLAN-Verbindungen. Die Landesregierung hat dankenswerterweise heute einen neuen Förderaufruf gestartet „Digitalen und stationären Handel zusammendenken“, um insbesondere für kleinere Händler die Digitalisierungsbemühungen zu beschleunigen und zu fördern. Das sind konkrete Ansätze der Landesregierung, die richtig und wichtig sind.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Oliver Kehrl (CDU): Zum Abschluss: Wir benötigen in jeder Stadt ein gemeinsames City-Management, das alle Akteure aktiv und nachhaltig zusammenbringt: Eigentümer, Stadt, Makler und potenzielle Mieter. Dann schaffen wir es vielleicht, die für jede betroffene Stadt harten Einschnitte durch die Schließung von Karstadt Kaufhof und anderen Häusern aufzufangen und dem entgegnen zu können.

Corona hat die schwierige Zukunft unserer Städte noch einmal wie durch ein Brennglas aufgezeigt. Sterben Handel und Städte, geht für die Menschen ein Stück Heimat verloren. Deshalb müssen alle Beteiligten dringend neu denken und den Blick auf die kluge Wiedervermietung leerstehender Flächen schärfen. Nur dann gehen in den Städten nicht die Lichter aus. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kehrl. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Bombis.

Ralph Bombis^{*)} (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren! Es ist angesprochen worden: Am 19. Juni hat mit Galeria Karstadt Kaufhof die letzte große deutsche Warenhauskette ein massives Restrukturierungsprogramm bekanntgegeben. Von 172 Filialen sollen 62 schließen, 18 alleine in NRW.

Alles in allem werden dadurch rund 6.000 Menschen ihre Arbeit verlieren. Das ist für die Betroffenen, vielfach Frauen, eine Katastrophe. Und es ist für den Handelsstandort Nordrhein-Westfalen ein sehr harter Schlag. Für die Kommunen ist es, vorsichtig formuliert, eine enorme Herausforderung.

Schon im April hat Galeria Karstadt Kaufhof ein sogenanntes Schutzschirmverfahren beantragt, sprich: die Insolvenz in Eigenregie. Deswegen kommt die Entwicklung nicht unerwartet, aber sie ist deshalb auch nicht weniger dramatisch. Die Coronakrise hat bei diesem Brand sicherlich beschleunigend gewirkt. Einen Schmelbrand hat es aber schon seit Jahren gegeben; auch das ist bereits angeklungen.

Veränderte Einkaufsgewohnheiten wirken sich negativ auf Warenhäuser aus. Die Tendenz zu mehr Onlinehandel einerseits und die Beratung in den Fachmärkten andererseits engt den Raum für die Warenhäuser, die sozusagen Gemischtwarenläden sind, immer weiter ein. Eine solche Entwicklung auch für andere traditionelle und traditionsreiche Warenhäuser kennen wir seit langer Zeit.

Auch Fehler des Managements – das muss hier angesprochen werden, der Kollege Oliver Kehrl hat einiges davon aufgezählt – sind offenkundig. Es ist über viele Jahre zu wenig investiert worden. Ein neues funktionierendes Geschäftsmodell in einem

digitalen Umfeld wurde nicht entwickelt. Durch die Fusion von Karstadt und Kaufhof sind zusätzliche Kosten entstanden, ohne dass aber die Chancen in gleichem Maße genutzt werden.

Ich will aber auch deutlich sagen, dass diese Verantwortung in meinen Augen nicht nur das Management betrifft. Bevor mir jetzt wieder reflexhaft etwas vorgeworfen wird, will ich vorausschicken, dass mein Respekt für Betriebsräte, für die Mitbestimmung in Verantwortung für die Mitarbeiter außerordentlich groß ist.

Wenn ohne weitere Reflexion einfach von ver.di – die grüne Fraktion zitiert das in ihrem Antrag – gesagt wird, dass um jede Filiale und jeden Arbeitsplatz gekämpft werden soll, dann hört sich das zunächst einmal gut an, dann scheint das zunächst einmal im Sinne der Menschen zu sein. Aber in der Realität zeigt doch gerade ein Blick auf Düsseldorf, ein Blick auf die Shadowstraße, dass hier vis-à-vis ein Kaufhof, ein Karstadt und ein Karstadt Sports keine 50 m voneinander entfernt liegen.

Hätte man vielleicht, als die Fusion kam, festgehalten, dass die Märkte bereits in Schwierigkeiten waren, hätte man möglicherweise einen oder zwei der Standorte geschlossen, um einen dritten zu erhalten, mit einem vernünftigen Konzept, mit einer entsprechenden Entwicklungsmöglichkeit, dann wären nicht so harte Einschnitte gekommen wie jetzt, sondern die Entwicklung wäre dann anders steuerbar gewesen. Das hätte auch im Sinne zumindest vieler Beschäftigter und einer sozialverträglichen Anpassung dazu geführt, dass wir nicht einen so harten Einschnitt für die Menschen haben, wie wir ihn jetzt erleben müssen.

(Beifall von der FDP und Josef Hovenjürgen [CDU])

Jetzt werden alle drei Märkte geschlossen. Ich bin fest überzeugt, dass das Management Fehler gemacht hat.

Ich bin aber auch davon überzeugt, dass wir insgesamt neu denken müssen, und das gilt – auch das ist angeklungen – auch zum Beispiel für das Thema der Sonntagsöffnungen. Wenn Sie, Herr Remmel, einerseits fordern, dass hier Maßnahmen ergriffen werden, um Spekulation entgegenzutreten, dann sollten Sie andererseits in Ihrer Fraktion auch dafür werben, dass dem stationären Handel wieder Möglichkeiten gegeben werden, um auch in der Konkurrenz mit Onlinehändlern zu bestehen. Und das hat nicht nur, aber das hat auch etwas mit den Sonntagsöffnungszeiten zu tun.

Es geht hier nicht um einen Marktradikalismus, es geht hier nicht um einen Manchesterliberalismus, sondern es geht darum, gezielt und punktuell den Menschen die Möglichkeit einzuräumen, sonntags nicht nur vor ihrem Computer, sondern auch in

lebendigen Innenstädten einkaufen zu gehen. Das ist das, was diese NRW-Koalition will.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Jetzt stehen wir vor einer Herausforderung. Ich würde mir wünschen, dass wir es mit den Instrumenten, die übrigens diese Koalition mit dem Antrag „Heimat braucht Handel“ auf den Weg gebracht hat, schaffen, gemeinsam mit Kommunen, gemeinsam mit dem Handel, den stationären Einzelhandel in unseren Städten attraktiv zu gestalten. Da kann die Antwort eben nicht einfach „Markt“ lauten. Aber der Markt gehört eben dazu, Herr Remmel. Und er ist ein ganz entscheidender Punkt.

Denn vielleicht braucht der Handel die Städte – so haben Sie es, glaube ich, formuliert – nicht mehr unbedingt. Ich sage: Ein Teil des Handels braucht die Städte vielleicht nicht mehr, aber viele Teile des Handels und viele dort beschäftigte Menschen brauchen die Städte sehr wohl noch. Deswegen ist es richtig, zu gucken, was wir denn tun können, um die Städte für den Handel attraktiv zu machen und den Handel für die Städte attraktiv zu halten. Und ich bin umso sicherer, dass die Städte den Handel brauchen.

Das sind die Rahmenbedingungen, die wir setzen müssen; denn nur dann werden die Gastronomie, kulturelle Einrichtungen und ein wirkliches Leben in den Städten weiterhin stattfinden. Dafür stehen wir als NRW-Koalition mit dieser Landesregierung. Die Maßnahmen in Bezug auf die Digitalisierung sowohl im Stadtentwicklungsbereich als auch im Wirtschaftsbereich sind angeklungen.

Wir stehen dafür, lebendige Innenstädte erhalten zu wollen. Dann stehen Sie aber auch mal dafür, sich zu bewegen und nicht einfach reflexhaft auf bestimmten Positionen zu verharren.

Lassen Sie uns gemeinsam einen Weg finden, wie wir die notwendigen Anpassungen – auch regulatorisch – schaffen können, um die Innenstädte und den Handel lebendig zu erhalten und so auch in der Zukunft für attraktive und schöne Innenstädte arbeiten zu können. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bombis. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Scharrenbach.

Ina Scharrenbach*, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich zitiere – mit Erlaubnis –:

„Sie müssen sich dann mal vorstellen: Sie sind in einem Kaufhaus und da ist die obere Etage abgesperrt. Und unten steht im Erdgeschoss noch eine

einzigste Kasse und da stehen dann Menschen, die das noch abkassieren, was da noch zu verkaufen ist, mit 90 Prozent Rabatt oder so. Das hatte was von Leichenfledderei, hatte das irgendwie.“

Das sagte eine Verkäuferin schon 2008, als die letzte große Schließungswelle, die wir im Land Nordrhein-Westfalen mit den Hertie-Immobilien erlebt haben, bewältigt werden musste.

Was diese Verkäuferin damals gesagt hat, werden heute viele Zigtausend Beschäftigte von Galeria Karstadt Kaufhof, die für dieses Warenhaus gelebt und gearbeitet und dort mit Freude verkauft haben, genauso formulieren.

Ich habe ganz bewusst mit Hertie angefangen. Daran merken Sie, welch wechselvolle Geschichte Kaufhof, Karstadt mit ihrem über 100-jährigen Bestehen in Nordrhein-Westfalen, in der Bundesrepublik hinter sich haben: immer wieder Verkäufe, Aufsplittungen, Fusionen, Veränderungen. Ganz häufig fehlte eines, dessen es auch heute bedarf: eines Zukunftskonzeptes, damit die Warenhäuser, die jetzt bestehen bleiben, auch in Zukunft Bestand haben und fester Anker in den Innenstädten sind.

Über 100 Jahre prägten diese Warenhäuser die Innenstädte in Nordrhein-Westfalen. Sie sind Ankergeschäfte und Frequenzbringer für alle drum herum. Sie befinden sich in den berühmten 1a-Lagen und haben zum Teil stattliche Gebäude, die selbst stadtbildprägend sind.

Viele von Ihnen wissen noch aus der letzten Pleite, der von Hertie, wie lange es gedauert hat, diese offenen Wunden in den Herzen unserer Städte zu schließen: über zehn Jahre. Selbst in unserer Amtszeit seit 2017 habe ich noch Förderbescheide im Rahmen der Städtebauförderung ausgelegt, damit die letzten Großimmobilien wegkommen – diese Leerstände, an denen Bürgerinnen und Bürger, ehemalige Beschäftigte jeden Tag vorbei gehen –, damit Neues entstehen kann. Deshalb heißt Abbruch ganz häufig Aufbruch.

Das erste, was wir als Landesregierung am Freitag, als die Nachricht kam, dass 18 Filialen in 15 Städten in Nordrhein-Westfalen geschlossen werden sollen, getan haben, war, sofort die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister anzuschreiben und ihnen zu sagen: Wir kommen auf euch zu. Wir laden euch ein und vereinbaren einen Gesprächstermin, weil wir als Landesregierung an eurer Seite – als Kommunen – stehen, weil wir wissen, wie schmerzhaft dieser alte Prozess war und was es bedeutet, wenn 18 Großfilialen in 15 Städten – von mittleren kreisangehörigen Städten bis zu Großstädten – aufgegeben werden.

(Beifall von Jochen Ritter [CDU])

Herr Remmel, es tut mir leid, aber Sie laufen mal wieder hinter dem Zug her. Sie haben ihn gar nicht erreicht.

(Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

Wir befinden uns in der Terminabsprache und haben schon ganz früh ... Denn es ist offenkundig: Den Wandel im Handel gibt es nicht erst seit Corona, sondern schon ganz lange. Es ist ein schleichender Prozess in den Innenstädten.

Wir als Landesregierung haben direkt zu Beginn die Landesinitiative „Zukunft. Innenstadt. Nordrhein-Westfalen.“ gestartet, weil wir gesagt haben, dass wir Veränderungen in der Innenstadt brauchen und das Wohnen wieder in die Innenstädte bringen wollen, weil wir dort Frequenz brauchen. Wir wissen, dass viele Innenstädte kleiner werden müssen, weil die Lagen nicht mehr bedient werden können.

Das ist natürlich durchaus auch eine Folge des geänderten Verbraucherverhaltens – auch das darf man mal sagen. Je mehr Verbraucher ihre Waren, ihre Güter im Internet kaufen, umso weniger landet im stationären Einzelhandel, wo die Eigentümerin, der Eigentümer tagtäglich hinter dem Tresen, hinter der Kasse steht und Beschäftigte sich mit kümmern.

Wenn Sie Ihre Innenstadt vor Augen haben, dann wissen Sie, dass diese – wie all unsere Städte; es sind europäische Städte – ganz häufig über die Jahrhunderte des Bestehens einer Stadt aus einem ganz einfachen Markt entstanden ist; aus einem Markt, wo sich Handel, Leben, Kommunikation, Treffen miteinander verbinden.

Das ist die Aufgabe, die sich uns miteinander stellt; denn nirgendwo kann man besser am Puls einer Stadt fühlen als in einer Innenstadt. Man merkt, ob sie gepflegt ist und sich die Leute dort gerne aufhalten, ob das Kulturangebot, das Handels- und Warenangebot entsprechend sind oder nicht.

Wir als Landesregierung haben im Frühjahr dieses Jahres allein 186 Millionen Euro aus der Städtebauförderung für Innenstadtmaßnahmen zur Verfügung gestellt, weil wir im engen Zusammenschluss mit den Städten und Gemeinden dafür Sorge tragen wollen, dass die Innenstädte attraktiv sind und der Handel eine Zukunft hat, und zwar sowohl der Einzelhandel als auch die Filialisten.

Die spannende Aufgabe – auch für Städte – ist, dafür Sorge zu tragen, dass eine Innenstadt einzigartig bleibt. Wenn das Warenangebot und das Erlebnis „einkaufen“ austauschbar werden, dann wird es für jede Innenstadt in Nordrhein-Westfalen schwieriger. Deshalb kommt hier viel mehr zusammen, als das, über was wir heute reden – so schlimm das mit Galeria Karstadt Kaufhof ist.

Es ist eine fürchterliche Nachricht – über 6.000 Beschäftigte bundesweit. Heute haben wir schon

mehrfach gehört, dass es sich überwiegend um Frauen handelt, ganz viele Alleinerziehende, die ihre Arbeit verlieren werden. Deshalb liegt es aber in dieser Gesamt- und Gemeinschaftsverantwortung, dafür Sorge zu tragen, dass es nicht so lange dauert wie bei Hertie, und dass wir die sich jetzt abzeichnenden Wunden schnell schließen können, um aus dieser Situation gemeinsam in die Zukunft gehen zu können.

Weil das unabhängig von Corona ist, habe ich schon früh ein Interventionskonzept für die Innenstädte in Auftrag gegeben. Das ist ein Sofortprogramm zur Stärkung der Innenstädte in Nordrhein-Westfalen mit einem Volumen von 70 Millionen Euro. Das hat das Landeskabinett am Dienstag im Zusammenhang mit dem Nordrhein-Westfalen-Programm I beschlossen, und das werden wir in der nächsten Zeit ausrollen.

Wir wollen dafür Sorge tragen, dass Kommunen Leerstände anmieten können, dass sie sie umnutzen können, damit Impulse in die Innenstädte gegeben werden. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass ein Zentrenmanagement stattfinden kann. Man braucht viele verschiedene Disziplinen, die jetzt an dieser einen Immobilie und im Besonderen im Umfeld der Innenstädte, die davon betroffen sind, zusammenwirken. Dieses Programm wird aber nicht nur für die 15 Städte offenstehen, die von der Schließung von Galeria Karstadt Kaufhof betroffen sind.

Von dem Eigentümer erwarte ich – das sage ich in aller Ausdrücklichkeit –, dass in diesem Prozess kooperiert wird. Bei Hertie musste langwierig aufgeklärt werden, wem welche Immobilie gehört und wie wir da herankommen. Ich erwarte, dass das bei Galeria Karstadt Kaufhof nicht stattfindet. Denn wenn, dann gelingt es nur gemeinsam. Ein Eigentümer hat auch Verantwortung über den Zeitpunkt des Verkündens von Filialschließungen hinaus. Daran werden wir den Eigentümer messen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin dos Santos Herrmann.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Die Botschaft hören wir wohl, allein uns fehlt der Glaube. – Uns fehlt der Glaube, dass aus einem Gespräch, das Sie, Frau Ministerin, ankündigen, tatsächlich ein Konzept erwächst, konkrete Vorschläge mit konkreten Handlungsmöglichkeiten in den Städten erwachsen. Uns fehlt der Glaube, dass aus den verschiedenen Punkten – ich habe nicht mitgezählt, Herr Kehrl, wie viele Punkte Sie aufgezählt haben – konkretes Handeln werden kann.

Das, was Sie da fordern, ist durchaus richtig und unterstützenswert. Digitale Infrastruktur in den Städten

ist notwendig – absolut –, aber wer soll sie bezahlen? Wer soll dafür sorgen, dass diese Punkte mitten in einer Krise, die die Städte und Gemeinden in besonderer Härte trifft, umgesetzt werden? Und vor allen Dingen: Wie sollen wir Ihnen glauben, dass Sie bereit sind, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

(Zuruf von der CDU)

Sie geben zwar 70 Millionen für attraktive Innenstädte – das will ich nicht verachten; alles gut –, aber das reicht nicht. Wo bleibt denn Ihr Vorschlag, Ihr Handeln, Ihre Initiative für eine langfristige Sicherung der kommunalen Finanzen? Wo ist denn Ihre Zustimmung zu einem Altschuldenfonds gewesen, als sie notwendig war? Das ist noch gar nicht so lange her.

Das, was der Bund gestern beschlossen hat, gleicht die Verluste der Kommunen zurzeit vielleicht aus, wenn es gut läuft, aber es führt nicht zu einer langfristigen Finanzsicherheit,

(Zuruf von der CDU)

jedenfalls nicht unter den derzeitigen Umständen. Dafür braucht es auch die Verantwortung des Landes, und die sind Sie nicht bereit zu tragen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU)

All Ihre Vorschläge klingen gut, sind aber am Ende für viele kaum umzusetzen.

(Jochen Klenner [CDU]: Wo sind Ihre Vorschläge?)

Und noch etwas: Wir diskutieren derzeit über das Thema „Karstadt Kaufhof“. Es sind 6.000 Beschäftigte betroffen, die jetzt für ein halbes Jahr in eine Transfergesellschaft übergeleitet werden, danach aber vielfach vor der Arbeitslosigkeit stehen. Wo sind denn Ihre Initiativen, Städte bei der Fortbildung dieser Menschen, um sie vielleicht in den Verwaltungen einzusetzen, zu begleiten? Eine Stadt wie Köln macht das. Die dortige Stadtverwaltung ist groß, sie hat Kapazitäten. Viele Städte können das in dieser Form aber vielleicht nicht. Sie brauchen Unterstützung. Wo bleibt sie? Wir vermissen da Ihre Konzepte und Ihre Zusagen.

Ja, es ist richtig: Vieles muss vor Ort gemacht werden. Vor Ort kennt man sich am besten aus und weiß am besten, was für eine weitere Entwicklung notwendig ist. Aber es braucht eben auch das Engagement und die Möglichkeit, aus diesem Engagement etwas zu machen.

Vor fast genau auf den Tag vor neun Jahren wurde angekündigt, dass der Kaufhof in Kalk – das ist ein Teil des Wahlkreises, den ich persönlich hier im Haus vertreten darf – geschlossen wird. Das war damals aus heutiger Sicht eine Miniwelle der Schließungen. Bundesweit standen vier Häuser zur Disposition.

Der Bezirksbürgermeister von der SPD hat damals die Situation zum Anlass genommen, eine kleine

Bewegung loszutreten, um den Kaufhof zu erhalten. Damit ist er gescheitert. Der Kaufhof war nicht zu erhalten. Manche Entwicklungen kann man eben nicht aufhalten. Er hat es aber geschafft – das ist wiederum sehr mutmachend –, die Stadtverwaltung zu bewegen, sich einzusetzen, sich zusammen mit der Wirtschaftsförderung – damals noch nicht privat, sondern bei der Stadt, also alles in einer Hand: Wirtschaftsförderung, Baugenehmigung – zu kümmern. Einziger Wermutstropfen an der Stelle war der Denkmalschutz, der bei der Nutzung des alten Kaufhofs etwas Schwierigkeiten gemacht hat. Aber am Ende war zu dem Zeitpunkt der eigentlichen Schließung ein Konzept fertig. Das, meine Damen und Herren, vermissen wir hier.

Frau Ministerin, Sie haben es selber gesagt: Das ist nicht erst seit heute bekannt. Es ist auch nicht erst seit gestern bekannt, dass der Einzelhandel und die großen Kaufhäuser Schwierigkeiten haben, aber seitens Ihrer Regierung gab es keinerlei Initiative, mit den Betroffenen, mit den Gewerkschaften, mit dem Unternehmen darüber zu reden, was vonseiten der Landesregierung gemacht werden kann.

Ich gebe Ihnen recht: Das Unternehmen, die Unternehmer dürfen natürlich nicht aus der Verantwortung entlassen werden, aber es verbietet Ihnen niemand, eine Krise kreativ zu nutzen, damit etwas Neues entstehen kann.

Heute besteht in vielen Städten die Sorge, dass ihre Innenstadt stirbt, dass ein toter Raum entsteht, dass es Leerstand gibt und vielleicht auch ein Stück Verwahrlosung droht. Dagegen hilft nur aktives Tun.

Dieses aktive Tun sehen wir bei Ihnen nicht. Wie gesagt: Es fehlt uns der Glaube, dass Sie den Willen dazu haben. Das ist sehr schade, aber ich muss das so feststellen.

(Zuruf von der CDU: Vorschläge!)

– Nochmals: Ihre Vorschläge klingen gut, aber wo bleibt die dauerhafte finanzielle Absicherung der Kommunen? – Dazu haben Sie kein Wort gesagt. Das ist der Grund, weshalb uns der Glaube fehlt,

(Beifall von der SPD)

dass Sie es mit einem Strukturwandel in den Städten ernst meinen, den Sie als Landesregierung begleiten. Die SPD ist dazu bereit, Sie sind es offenbar nicht.

(Beifall von der SPD und Arndt Klocke [GRÜNE])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin dos Santos Herrmann. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Schrumpf.

Fabian Schrumpf (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin dos Santos Herrmann, Sie haben viel von Glaube gesprochen. Mir allein fehlt der Glaube, dass Sie der Ministerin zugehört haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie kritisieren in üblicher Oppositionsmanier das Fehlen von Konzepten. Dabei hat die Ministerin gerade sehr ausführlich dargestellt, was jetzt passiert und was bereits passiert ist.

Lassen Sie uns ruhig beim Glauben bleiben: Eine Hiobsbotschaft für Nordrhein-Westfalen und insbesondere die Ruhrgebietsstädte Dortmund, Essen und Witten gibt uns Anlass zur heutigen Aktuellen Stunde.

Noch im letzten Jahr hat die CDU-Fraktion bei einem Werkstattgespräch ausführlich mit Vertreterinnen und Vertretern des Einzelhandels über Perspektiven für den Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen diskutiert.

Einig waren sich alle Beteiligten darin, dass der stationäre Einzelhandel in unseren Städten und Gemeinden vor großen Herausforderungen steht. Doch niemand konnte zu diesem Zeitpunkt auch nur ansatzweise erahnen, wie gewaltig diese Herausforderungen im Jahr 2020 tatsächlich sein würden.

(Zuruf)

Heute hat die Coronapandemie den Einzelhandel mit voller Wucht getroffen. Die Folgen der Pandemie in Kombination mit hausgemachten Fehlern – mein Kollege Oliver Kehrl ist gerade ausführlich darauf eingegangen – sind so schwerwiegend, dass Karstadt Kaufhof als einstiger stolzer Kaufhausriese, ja als letzter großer Warenhauskonzern in Deutschland diesen bundesweit nicht standhalten kann.

Unabhängig von den Ursachen steht fest, dass die geplanten Schließungen für alle betroffenen Städte ein harter Schlag sein werden. Gerade für mich als Essener ist es unvorstellbar, dass der großzügige Galeria-Kaufhof-Bau am Willy-Brandt-Platz meiner Heimatstadt künftig seine Türen für immer schließen soll.

Auch Karstadt ist für viele Menschen mehr als nur ein Ort zum Einkaufen. Karstadt ist mit seinem vielfältigen Warenangebot und der integrierten Gastronomie für viele auch Ort der Begegnung, ja ein Treffpunkt für Jung und Alt, vielerorts das Eingangstor zur Innenstadt und damit nicht zuletzt Aushängeschild unserer Städte.

Viele Menschen verbinden mit Karstadt Kindheitserinnerungen: sei es der Ausflug mit Oma und Opa anlässlich der Einschulung, um den ersten Schulranzen auszusuchen, das kleine Spielzeugauto als Belohnung nach einem tapferen Zahnarztbesuch, das obligatorische Paar Socken oder die Krawatte für den

Onkel zum Geburtstag, den man vielleicht nicht ganz so gut kennt.

Auch ich verbinde natürlich ganz besondere Erinnerungen mit Karstadt. Ich habe damals im Karstadt-Sporthaus am Limbecker Platz in Essen meine ersten Inlineskates aussuchen dürfen, die mir zwar heute nicht mehr passen, aber immer noch gut verstaut im Keller liegen.

Karstadt hat sich aus guten Gründen Ende der 60er-Jahre dafür entschieden, seine Konzernzentrale nach Essen ins Ruhrgebiet zu verlegen. Karstadt ist daher mit meiner Heimatstadt und den Menschen vor Ort über mehr als 50 Jahre hinweg fest verbunden.

Wir haben Karstadt neben dem großen Warenangebot und den schönen Kindheitserinnerungen daher vor allem auch die Schaffung vieler Arbeitsplätze zu verdanken. Die Menschen vor Ort haben dies in guten Zeiten durch Kaufkraft und Kauflust stets zurückgezahlt.

Doch Nostalgie alleine hilft heute sicher nicht weiter. Es wurde von den Vorrednern mehrfach angesprochen: Die Welt hat sich weitergedreht. Gerade in schwierigen Zeiten wie diesen gilt es umso mehr, soziale Verantwortung zu übernehmen, Verantwortung für die Region, für die Stadt, für die Menschen und für die vielen Beschäftigten.

Ziel muss es sein, einen kompletten Kahlschlag bei den Standorten im Ruhrgebiet abzuwenden, denn dieser wäre nicht nur für die betroffenen Städte fatal. Deshalb möchte ich an dieser Stelle an alle Verantwortlichen – Unternehmensleitung wie auch Vermieter – im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, im Sinne des Unternehmens, im Sinne der betroffenen Kommunen eindringlich appellieren: Überdenken Sie nochmals die beabsichtigten Schließungen. Lassen Sie Ihren Stammsitz, lassen Sie Ihre Heimat nicht im Stich.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

An die Adresse der SPD und auch der Grünen: Hier das Thema „Altschulden“ aufzubringen und Schuldzuweisungen an die Landesregierung zu platzieren, mag kurzfristigen politischen Geländegewinnen dienen; im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Karstadt und Kaufhof ist das sicherlich nicht.

Wir im Ruhrgebiet sind es gewohnt, Herausforderungen anzunehmen und weniger als Risiko, denn vielmehr als Chance zu begreifen. Wir stecken die Köpfe nicht so schnell in den Sand, sondern krempeln die Ärmel hoch.

Schon 2016, als es seitens der Unternehmensspitze Überlegungen gegeben hat, die Konzernzentrale in eine andere Stadt zu verlegen, hat die Stadt Essen unter Führung unseres engagierten Oberbürgermeisters Thomas Kufen gezeigt, dass sie an der

Seite der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steht und für den Standort kämpft.

In konstruktiven Gesprächen konnte erreicht werden, den Konzern und damit viele Arbeitsplätze in meiner Heimatstadt zu halten. Auch jetzt zeigen sich die betroffenen Städte, aber auch viele Menschen in der Region solidarisch mit den Beschäftigten und setzen sich gemeinsam für jeden einzelnen Standort ein. Erst gestern hat der Rat der Stadt Essen fraktionsübergreifend eine entsprechende Resolution beschlossen, und das völlig zu Recht.

Der Limbecker Platz in Essen zieht im Durchschnitt täglich 51.000 Besucherinnen und Besucher an. Sowohl die Limbecker Straße in Essen als auch insbesondere der Westenhellweg in Dortmund werden unter den 20 bundesweit meistfrequentierten Einkaufsstrassen gelistet. Das müssen doch auch aus unternehmerischer Sicht gute Argumente sein, um genau dort Standorte zu erhalten.

Die Landesregierung hat mit starker Stimme und großem Engagement im Bund dafür gesorgt, dass unsere Kommunen in erheblichem Umfang von ihren Soziallasten befreit werden, und sie hat damit nicht zuletzt auch finanzielle Spielräume und Perspektiven geschaffen.

Allein für die Ruhrgebietsstädte bedeutet die höhere Übernahme der Kosten der Unterkunft eine strukturelle Entlastung von rund 400 Millionen Euro.

Das Landeskabinett hat zudem das Nordrhein-Westfalen-Programm I in Höhe von gut 4 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Darin sind neben weiteren Entlastungen auch die schon mehrfach angesprochenen 70 Millionen Euro für ein Sofortprogramm für stärkere und attraktivere Innenstädte und Zentren enthalten.

Wir wollen Einzelhandel, Gewerbe und Industrie erhalten und stärken, wirtschaftliche Perspektiven verbessern, die Menschen in Lohn und Brot bringen oder halten, attraktive Lebensbedingungen schaffen und Innovation und Fortschritt ermöglichen, damit letztlich auch die Bürgerinnen und Bürger in der Metropole Ruhr von dem überzeugt sind, was unsere Ministerin Ina Scharrenbach einmal sehr schön formuliert hat: Wer im Ruhrgebiet wohnt, wohnt in der Zukunft.

Ich ergänze nun: Auch in der Zukunft soll es einen festen Platz ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Fabian Schrumpf (CDU): ... für einen Karstadt oder einen Kaufhof geben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schrumpf. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte hat gezeigt: Sie sind kalt erwischt worden.

(Lachen von Thorsten Schick [CDU])

Was macht man, wenn man kalt erwischt worden ist? – Man findet erst einmal warme Worte für die Beschäftigten und für die Städte. Aber von Ihnen kommt nichts Konkretes – kein einziger Vorschlag.

Was macht man, wenn die warmen Worte nicht reichen? – Dann versucht man, den Schwarzen Peter anderen zuzuschieben.

(Zuruf Ralph Bombis [FDP])

Die Gewerkschaften, Herr Bombis, die zu viel fordern, sind auch mit schuld.

(Ralph Bombis [FDP]: Ach, bitte!)

Das Management ist schuld. Aber sagen, was man selbst tun will? – Fehlanzeige. Stattdessen kommt man auf alte Kamellen wie verkaufsoffene Sonntage. Wenn man in der Sackgasse ist, muss man also noch mal richtig Gas geben, damit man auch vor die Wand fährt. Genau das brauchen wir in der jetzigen Situation eben nicht.

(Zurufe von Ralph Bombis [FDP] und Franziska Müller-Rech [FDP])

Was macht man also, wenn man kalt erwischt worden ist? – Man macht ein Sofortprogramm, wie die Ministerin verkündet. Jetzt legt man aber richtig los.

Das Ganze zeigt aber doch, dass Sie drei Jahre lang ein Versprechen nicht eingelöst haben. Manche haben es als billige Propaganda kritisiert, dass Sie immer den Begriff „NRW-Koalition“ vor sich hertragen. Es sei sozusagen der Versuch, eine erfolgreiche Marke für sich zu vereinnahmen.

Ich habe das ernst genommen. Ich habe es als Versprechen verstanden, sich für das ganze Land einzusetzen. Sich für das ganze Land einzusetzen, heißt aber, auch die Städte im Programm zu haben und nicht nur den ländlichen Raum.

(Beifall von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Was haben Sie stattdessen gemacht? – Sie haben „Städtebauförderung“ aus dem Namen des Ministeriums gestrichen und durch den Begriff „Heimat“ ersetzt. Die Städte kamen nicht mehr vor. Quartiersförderung? – Gestrichen. Stattdessen: Heimatförderung, Gießkanne für alle, 2.000-Euro-Schecks über das ganze Land verteilt.

Wo ist die Städtebauförderung in der Konzeption und nach vorne gerichtet, um Fragen zu beantworten, die die Zeit stellt? – Nichts ist passiert.

Man muss sich doch nur Ihren Antrag anschauen, mit dem Sie die Innenstädte mit zusätzlichen Initiativen im Handel stärken wollen. Er ist in der Anhörung durchgerasselt.

Alle Expertinnen und Experten haben Ihnen ins Stammbuch geschrieben: Wir müssen außerhalb des Handels schauen, wie wir die Innenstädte stärken, und zwar im Bereich des Wohnens, im Bereich der Bildung, im Bereich der Kultur.

Null Initiativen gab es bisher von der Ministerin. Jetzt kommt sie auf einmal um die Ecke. Das heißt nicht, dass Ihr Ministerium nicht arbeitet; Sie haben die Fachleute. Die Sammlung, die sie zusammengestellt haben, zeigt in der Tat auf, in welche Richtung es geht.

Hier reicht ein Sofortprogramm – jetzt und ad-hoc – eben nicht, sondern man muss Konzeptionen haben, wie sich unsere Innenstädte zukünftig entwickeln sollen. Das ist nicht für jede Stadt gleich; jede Stadt muss den Weg für sich selbst finden. Dazu müssen die Städte aber auch in der Lage sein.

Insofern kommen auch die Finanzen ins Spiel. Eine Stadt, die Zukunft gewinnen will, muss in die Innenstädte investieren. Wenn man verschuldet ist, wird am Ende die Kommunalaufsicht schon den Daumen draufhalten, wenn es um Investitionen geht, die nicht möglich sind.

Wir brauchen eine solide Grundlage in den Kommunalhaushalten – jedenfalls der größeren Städte. Das steht auf der Tagesordnung, aber dazu habe ich heute überhaupt keinen Ansatz gehört. Hier ducken Sie sich weg, und auch das schönste Sofortprogramm wird nicht helfen, wenn die Grundlage nicht stimmt.

Mehr als die Hälfte der Menschen in Nordrhein-Westfalen wohnt in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern. Das ist etwas anderes als in Niedersachsen, in Bayern oder in anderen Flächenländern. Wir sind hier in Nordrhein-Westfalen in einer ganz besonderen Situation.

Deshalb noch einmal die Aufforderung: Lassen Sie uns gemeinsam dieses Versprechen, für NRW und vor allem für die Städte zu arbeiten, umsetzen. – Herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Remmel. – Für die FDP spricht Herr Kollege Lenzen.

Stefan Lenzen (FDP): Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich habe aus der

bisherigen Debatte vernommen, dass wir uns alle darüber einig sind, dass die Ankündigung der Schließung von 18 Filialen allein in Nordrhein-Westfalen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der betroffenen Häuser ein schwerer Schlag war und ist.

Die Beschäftigten – das haben wir mitbekommen – hatten schon im Vorfeld in den letzten Jahren viele Zugeständnisse gemacht, um diese Kaufhäuser zu erhalten und zu sichern. Jetzt stehen sie vor dem Verlust ihrer Arbeitsplätze.

Wir haben vorhin in der Debatte schon einiges gehört. Da ging es um das Thema „Innenstadtentwicklung“: Welche Entwicklungen gibt es im Handel? Welche Entwicklungen sind absehbar? Welche Auswirkungen haben sie?

Bevor ich auf ein paar arbeitsmarktpolitische Aspekte eingehe, möchte ich den Menschen nicht nur Hoffnung machen, sondern auch Perspektiven aufzeigen; das finde ich wichtig.

Es passt zwar nicht ganz in die Kategorie des Kollegen Rimmel – ich komme aus dem ländlichen Kreis, und bei uns gibt es keine Städte mit über 100.000 Einwohnern –, aber ich kann mich gut erinnern: Meine Nachbarstadt Hückelhoven mit ca. 40.000 Einwohnern hatte jahrzehntelang einen Karstadtstandort. Dann gab es Hertie, und 2009 war es endgültig vorbei.

Aber wie ist allen Akteuren das vor Ort gelungen? – Sie haben die Stadt gemeinsam so weiterentwickelt, dass sie jetzt attraktiver ist als je zuvor und noch vor dieser Standortsituation.

Das kann man auch an Faktoren wie einer steigenden Beschäftigung oder steigenden Steuereinnahmen festmachen – also an Faktoren, an denen man erkennt, dass es vor Ort gelungen ist, das Ganze voranzubringen.

Es gibt auch für größere Städte eine Chance, nach vorne gerichtet zu sein und Perspektiven aufzuzeigen. Anstatt an Altem festzuhalten, gibt es eben Punkte, mit denen sich eine Perspektive aufzeigen lässt.

Rein arbeitsmarktpolitisch gesehen gibt es Bereiche im Handel, die in der Coronazeit noch stärker als davor nachgefragt werden, wenn es zum Beispiel um qualifizierte Arbeitskräfte im Lebensmitteleinzelhandel geht.

Es gibt aber auch in anderen Bereichen Perspektiven. Deswegen müssen wir als Freie Demokraten hier mit Optimismus, Mut und Tatkraft nach vorne schauen.

Ich verstehe auch die Äußerungen meiner Kollegen des Koalitionspartners von der CDU so, dass nicht alle Schließungen zwangsläufig für alle zur Arbeitslosigkeit führen müssen. Es ist wichtig, kein solches Bild zu skizzieren, weil man damit von vornherein jegliche Hoffnung und Perspektive nähme, und das halte ich weder für redlich noch für realistisch.

(Beifall von der FDP)

Ich sage nicht, dass ein Arbeitsplatzwechsel einfach ist. Gerade bei älteren Angestellten kann das mit Einbußen verbunden sein, und für die Betroffenen ist das schmerzhaft.

Gleichwohl kann man keinem ernsthaft weismachen wollen, dass ein Staat auf Dauer Arbeitsplätze in unwirtschaftlichen Betrieben erhalten kann. Das ist nicht möglich.

Ministerin Scharrenbach hat eben ein paar Punkte aufgezeigt, wie man das nach vorne gerichtet angehen und lösen kann. Leider hatte ich beim Kollegen Rimmel aber den Eindruck, dass er nicht zugehört hat oder nicht zuhören wollte.

Man könnte Ihr Beispiel auch umdrehen: Wenn Sie mit dem Rücken zur Wand stehen und dann den Rückwärtsgang einlegen, macht es das nicht besser.

(Beifall von der FDP)

Wir wollen jetzt die Prozesse des Wandels begleiten und entsprechend voranbringen. Dafür sind alle Akteure gefordert: der Bund, die Länder, die Kommunen, die Arbeitsagenturen, das Unternehmen selbst und die Gewerkschaften. Hier stehen alle in der Verantwortung.

Außerdem brauchen wir entsprechende Angebote für die Beschäftigten, denn wir müssen sie dabei unterstützen, nach Möglichkeit einen qualifizierten Arbeitsplatz zu finden.

Im Zusammenhang mit der Frage nach einer Transfergesellschaft ist es gut, dass der Eigner das Signal gegeben hat, er wolle einen Millionenbetrag zur Verfügung stellen; das verschafft Luft.

Es geht allerdings nicht nur darum, Zeit zu gewinnen. Für uns Freie Demokraten ist ganz wichtig, dass Qualifizierung im Vordergrund steht. Wir müssen die Zeit nutzen, die Menschen für die sich nicht nur im Handel wandelnde Welt entsprechend fit zu machen.

So lassen sich auch für die – das muss man einfach festhalten – schwer getroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Perspektiven aufzeigen. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Lenzen. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Loose.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Mann stöbert bei den kurzen Hosen und T-Shirts, die Frau sucht nach schicken Schuhen, die sie im Büro tragen kann, der Sohn schaut beim Spielzeug vorbei. Nachher gehen sie alle im Restaurant etwas essen.

(Unruhe)

All das ist bei Galeria Karstadt Kaufhof möglich. Im Sportgeschäft findet man tatsächlich BVB- und Schalke-Trikots nebeneinander.

(Zurufe)

Solche und andere Einkaufserlebnisse locken die Menschen in die Städte. Galeria Karstadt Kaufhof ist dabei ein wichtiger Anlaufpunkt für die Kunden.

Leider finden sich aber immer weniger attraktive Geschäfte in den Städten wie beispielsweise Karstadt. Das hat mehrere Gründe.

Eine Rolle spielen die hohen Abgaben in den Städten. Viele Großstädte in NRW gehören beim Grundsteuerranking zu den teuersten Städten. Besonders hohe Grundsteuern erheben die Städte Bochum und Dortmund mit Hebesätzen von mehr als 600 %. Das trifft auch die Geschäfte in den Innenstädten.

Dazu kommen weitere Nebenkosten zur Miete wie Heizkosten sowie Stromkosten für die Beleuchtung – Stromkosten, die mit der EEG-Belastung jedes Jahr steigen.

Der Internetkonkurrent Amazon zahlt hingegen nicht nur fast keine Steuern in Deutschland bzw. generell, sondern bietet den Kunden auch keine klimatisierten oder beheizten Verkaufsräume. Diesen Service bieten nur die Geschäfte in der Innenstadt, aber trotzdem bleiben immer mehr Kunden aus.

Ein weiterer Grund ist auch der Weg in die Stadt, der immer unbequemer wird. In vielen Städten wurden Hauptverkehrsstraßen auf Tempo 30 heruntergeregelt, zum Beispiel in Dortmund, wo beide Karstadt-Häuser schließen werden.

Woanders wurden Fahrspuren weggenommen, damit dort demnächst statt fünf vielleicht zehn Fahrradfahrer in der Stunde fahren können – Radfahrer, die ihren Einkauf sicherlich nicht mit dem Rad transportieren werden, sondern sich ihre Ware lieber von Amazon liefern lassen nach dem Motto: Statt einmal mit dem bösen Auto in die Stadt zu fahren, lässt man lieber DHL vierzehnmal liefern.

Einkaufen war vor zehn Jahren noch ein Erlebnis; es gab regelrechte Shoppingpartys. Inzwischen ist das Einkaufen für einige Bürger eher lästig geworden.

Staus auf den Einfallstraßen, dann entweder keinen Parkplatz oder teure Parkhäuser. An jeder zweiten Ecke sitzen Wanderbettler oder ein Musikantenstadel. Statt einladender Cafés finden sich nun muffige Shishabars in Reihe. Dort sieht man zwar selten Kunden, aber irgendwie kommen sie über die Runden. Ein Schelm, wer Geldwäsche dabei denkt.

(Zuruf von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Dabei wäre es so einfach, diese Shishabars aus den Städten zu verbannen; dazu reicht ein Blick ins Nichtraucherschutzgesetz. Das will man aber anscheinend nicht. Stattdessen werden einmal im Jahr

medienwirksam Razzien gemacht. Dann findet man Waffen, un versteuerten Tabak und vieles mehr. Nach zwei Tagen ist dann wieder alles beim Alten.

Die Städte veröden. Neben den Shishabars finden sich viele Ein-Euro-Läden. Auch das Publikum, das in den Städten zum Teil regelrecht – das muss man so sagen – herumlungert, ist inzwischen ein anderes. Doch gekümmert wurde sich darum nicht – weder von der Landesregierung noch von den meist SPD-regierten Städten.

(Zuruf von der SPD)

Hinzukommt neben der fehlenden Attraktivität der Innenstädte nun auch noch die Maskenpflicht. Das nimmt jede Lust am Einkaufen. Statt lachender Gruppen von Mädels, die gemeinsam zum Shoppen in die Stadt fahren, gibt es jetzt ein fast stilles Zweckeinkaufen.

Wovon sollen die Menschen ihren Einkauf bezahlen? – Arbeitslose finden aktuell keinen Job.

(Christian Dahm [SPD]: Hoffentlich ist die Märchenstunde bald vorbei!)

Menschen mit Jobs sind häufig in Kurzarbeit. Die Regierung erfindet neue Steuern wie die CO₂-Steuer, um die Bürger noch mehr zu belasten.

(Christian Dahm [SPD]: Unerträglich!)

Doch was sind die vermeintlichen Lösungen der Regierung? – Zum einen ein Helikoptergeld für jedes Kind von 300 Euro – Geld, das die Menschen aber lieber sparen oder nutzen werden, um ihren Dispo zurückzuführen, denn keiner weiß, wie lange das Geld reichen muss.

Auch die hinrissige Mehrwertsteuersenkung für sechs Monate wird nicht helfen. Dafür müssen jetzt erst mal die Buchungssysteme der Geschäfte umgestellt werden – ein teures Vergnügen, das am Ende nur die Steuerberater reich machen wird, aber völlig am Bedarf der Geschäfte und der Bürger vorbeigeht.

Sie, Herr Laschet, haben die Menschen wieder einmal im Stich gelassen. Bezahlen müssen das nun Tausende Mitarbeiter von Karstadt und Galeria Kaufhof mit ihren Jobs.

Es wird Zeit, dass Sie, Herr Laschet, endlich anfangen, hier in NRW zu handeln, statt von einer Talkshow zur nächsten zu reisen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Loose. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau

Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte zeigt, dass an den Innenstädten und leider auch an Warenhauskonzernen wie Galeria Karstadt Kaufhof viele Entwicklungen und Trends zerren.

Wir müssen jetzt einerseits das Schicksal eines Unternehmens und seiner Beschäftigten und andererseits die Zukunft der Innenstädte, die durch die jetzige Entscheidung stark berührt ist, diskutieren.

Wer hier von „kalt erwischt“ spricht, lieber Herr Remmel, hat es nicht verstanden: Diese Entwicklung läuft seit Jahren.

Als Kaufhof noch zu Ihrer Regierungsverantwortung 2015 massive Verluste schrieb und dies zu der späteren Fusion führte, habe ich nicht erkennen können, dass Sie sich dem irgendwie zum Wohle des Unternehmens oder der Innenstädte entgegengestellt hätten. Sie haben versucht, die Entwicklung genauso zu begleiten, wie wir das auch tun. Dies zumindest will ich Ihnen zubilligen.

Wir sollten uns sachlich mit den Themen auseinandersetzen. Seit Anfang April befindet sich Galeria Karstadt Kaufhof in einem Schutzschirmverfahren. Seit letztem Freitag ist nun bekannt, dass deutschlandweit voraussichtlich 62 der 172 Warenhäuser geschlossen werden.

Leider sind darunter auch 18 Standorte in Nordrhein-Westfalen. Es ist nicht so, lieber Herr Remmel, wie Sie gesagt haben, dass das mehr als der Königsteiner Schlüssel wären.

Es ist zwar ein höherer Anteil, aber wir in Nordrhein-Westfalen sind auch an den 172 Häusern mit einem größeren Anteil vertreten, nämlich mit etwa 30 %, und das spiegelt sich leider auch bei dem Rückbau wider.

Es ist schmerzlich, dass es zu 62 Warenhausschließungen kommt. Zwischenzeitlich ist jedoch auch über bis zu 80 Schließungen gesprochen worden. Es scheint daher in den letzten Wochen – wahrscheinlich auch bedingt durch Mietnachteile, aber auch durch das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – gelungen zu sein, eine Zukunftsperspektive für weitere Standorte zu eröffnen.

Zusätzlich zu den 62 Warenhausschließungen kommt noch die Aufgabe von 20 Karstadt-Sports-Filialen, von denen vier auf Nordrhein-Westfalen entfallen.

Die nun beabsichtigten Schließungen sind ein großer Verlust für die betroffenen Städte, Kunden und Beschäftigten. Eine Sanierung scheint jedoch notwendig, um die Zukunft der Warenhauskette zu sichern. Sie muss aber mit Blick auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fair und sozialverträglich erfolgen, wie zwischen Gewerkschaft und Unternehmen verabredet.

Ich mache hier für die Landesregierung klar – das habe ich auch den Medien gegenüber mitgeteilt, unter anderem in einem großen Beitrag für die „Rheinische Post“, Herr Remmel –, dass das Unternehmen im Rahmen dieser Sanierung auch seinen Beitrag leisten muss, damit das, was in Zukunft Bestand haben soll, entsprechend ausgestattet und zukunftsfest gemacht werden kann.

Deutschlandweit werden wohl rund 6.000 der 28.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Warenhauses den Arbeitsplatz verlieren. Folglich wird wohl eine vierstellige Anzahl davon auf Nordrhein-Westfalen entfallen.

Frau Kapteinat, natürlich sind die Bundesregierung genauso wie die Landesregierung monatelang in Gesprächen mit Galeria Karstadt Kaufhof wegen Temporary Framework gewesen.

Wenn Sie die Lufthansa bemühen, liegt der eklatante Unterschied darin, dass das Unternehmen vorher schon in der Krise war. Es unterliegt daher nicht den Bedingungen, die wir etwa bei der Lufthansa haben, obwohl dort natürlich auch die EU gefragt wird. Obwohl der Staat jetzt bei der Lufthansa hilft, werden leider auch dort Tausende Arbeitsplätze abgebaut werden müssen.

Gekündigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden nach der Schließung ihres Standorts für mindestens sechs Monate in einer Transfergesellschaft arbeiten können, wobei sechs Monate keine sehr lange Zeit sind; dessen sind wir uns bewusst.

Verständlicherweise ist die aktuelle Entwicklung bei Galeria Karstadt Kaufhof für viele Beschäftigte, die häufig schon seit Jahrzehnten in dem Unternehmen arbeiten und in gewisser Weise auch krisenerprobt sind, ein Schock.

Insgesamt soll die Transfergesellschaft zwei Jahre laufen. Das bedeutet, dass der Prozess der Filialschließung und des Personalabbaus zeitlich gestreckt wird, sodass die Chancen für den Einzelnen steigen, schnell in neue Beschäftigung zu kommen.

Die Landesregierung steht in einem intensiven Austausch mit der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit, um für die Beschäftigten eine bestmögliche Betreuung sowie eine schnelle Vermittlung sicherzustellen.

Wichtig ist, dass die Beschäftigten – überwiegend Frauen –, die jetzt ihren Arbeitsplatz verlieren, Unterstützung erhalten. Dazu gehören auch Weiterqualifizierung und Hilfe, unter erschwerten Bedingungen in Zeiten von Corona einen neuen Arbeitsplatz zu finden.

An dieser Stelle scheint ein regionales Vorgehen mit Austausch untereinander am vielversprechendsten. Die Situation stellt sich in den jeweiligen Kommunen unterschiedlich dar. Ich kann nachvollziehen, dass

vielfach die Hoffnung noch nicht aufgegeben wurde und man sich weiterhin für Standorte einsetzt; das sollten auch die Kommunalverantwortlichen in der jeweiligen Situation unterstützen.

Galeria Karstadt Kaufhof ist ein wichtiger Frequenzbringer in vielen Innenstädten. Es besteht daher die Gefahr, dass auch der umliegende Einzelhandel erhebliche negative Auswirkungen spüren wird und es im ungünstigsten Fall zu einer Abwärtsspirale mit weiteren Schließungen kommen kann.

Dem müssen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten entgegenwirken, um die Wirtschaftskraft der Stadtzentren zu erhalten, aber auch damit die Kunden weiterhin ein attraktives Einzelhandelsangebot vorfinden.

Ich appelliere daher an alle Verantwortlichen – auch an die Vermieter –, noch einmal das Gespräch miteinander zu suchen, um Wege zu finden, weitere Filialen vor der Schließung zu bewahren. Das gilt für Galeria Karstadt Kaufhof genauso wie für andere mittelständische Handelsunternehmen in unseren Innenstädten.

Die Entwicklung bei Galeria Karstadt Kaufhof verdeutlicht einmal mehr, dass der Handel zurzeit tief greifende Veränderungen durchmacht und in vielen Städten Lücken gerissen werden.

Um dem zu begegnen, müssen alle Beteiligten weiterhin gemeinsam an Lösungen arbeiten, damit es auch zukünftig im stationären Handel ein vielfältiges Angebot gibt. Längerfristiger Leerstand in den Kommunen muss aus wirtschaftlicher und städtebaulicher Sicht unbedingt vermieden werden. Das sollte eine Lehre aus in der Vergangenheit erfolgten Warenhausschließungen sein.

Damit Galeria Karstadt Kaufhof dauerhaft den Weg aus der Krise findet, kann die Schließung unrentabler Filialen nur ein erster Schritt sein. Vor allem müssen die stationären Filialen noch mehr durch innovative digitale Maßnahmen unterstützt werden.

Vor dieser Herausforderung steht aber nicht nur Galeria Karstadt Kaufhof, sondern der gesamte stationäre Einzelhandel. Der wird von uns seit Jahren darin unterstützt, sich auf die neuen Bedingungen besser einstellen zu können.

Es ist entscheidend, dass der Handel begreift: Nicht der Präsenzhandel allein ist überlebensfähig, nur in einer guten Kombination von Präsenz- und Onlinehandel wird es eine Zukunft geben. Hier unterstützen wir die Unternehmen, hier haben wir auch mit Galeria Karstadt Kaufhof gemeinsam an Konzepten gearbeitet. Sie sind bisher leider nicht in der Weise umgesetzt worden, wie wir uns das erwartet hätten. Hier müssen aber auch viele einen Beitrag bringen.

Gestatten Sie mir noch einen letzten Satz, weil das hier von Herrn Kehrl sehr leidenschaftlich

angesprochen worden ist. Wir sind zum Beispiel in Gesprächen darüber, ob wir nicht verkaufsoffene Sonntage, die Kommunen genehmigt hatten, deren Durchführung aber wegen Corona nicht möglich war, in der zweiten Jahreshälfte nachholen können. Das wäre für den Handel ganz, ganz wichtig.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Beschäftigten wollen das auch ganz überwiegend. Wir haben Unterstützung und Verständnis auch von den Kirchen erbeten, die das auch akzeptiert haben, wenn es einmalig coronabedingt geschieht. Wir haben leider noch kein positives Signal der Gewerkschaften erhalten.

Ich finde, auch das muss hier gesagt sein: Wir sind doch nicht nur hier in einer schwierigen Lage, wir sind generell durch Corona in Bezug auf den Handel nach wie vor in einer schwierigen Lage. Wir werden das nur gemeinsam schaffen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Und da müssen ideologische Brillen auch mal zur Seite gelegt werden. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Ich weise darauf hin, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 1 Minute und 5 Sekunden überzogen hat und gebe dem CDU-Abgeordneten Thorsten Schick das Wort für seine Fraktion. Bitte sehr.

Thorsten Schick (CDU): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Rammel, Sie sagten eingangs, jetzt bitte nicht mit Fachwerk und Folklore kommen. – Also, ich glaube, der Einzige, der hier jede Menge Folklore verbreitet hat, das waren Sie mit Ihren entsprechenden Ausführungen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bei Ihnen ging es um Begrifflichkeiten wie „Heimat zu viel, Städte zu wenig“. Nur: Wenn wir uns mit dem Thema „Handel“ beschäftigen, ist für mich einer der zentralen Aspekte die Digitalisierung, aber das Wort kam bei Ihnen allenfalls in einem Nebensatz vor. Deutlicher kann nicht sichtbar werden, dass Sie eines – und das ist wirklich erstaunlich – geschafft haben, nämlich als Oppositionspolitiker noch stärker als als Minister danebenzuliegen. Das ist die einzige bemerkenswerte Leistung, die Ihnen heute Morgen gelungen ist.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich komme aus einer Stadt, die betroffen ist, aus Iserlohn. Es ist natürlich eine ganz, ganz große Heraus-

forderung und ein schwerer Schlag, in erster Linie natürlich für die Beschäftigten an einem Standort, wo immer wieder die Frage der Zukunft aufgeworfen worden ist. Dass das Mitarbeiter über Jahre hinweg müde macht, dass es sie frustriert und alles wahrscheinlich mit dieser Entscheidung enden wird, ist etwas, was uns als Politik besorgen sollte.

Es ist auch ein schwerer Schlag für Kunden, wenn es Karstadt, den einzigen Vollsortimenter, nicht mehr geben wird. „Vollsortimenter“ zumindest vom Anspruch her, allerdings nicht mehr in der Praxis. Und damit kommen wir auch schon zum eigentlichen Problem, denn die Konzernzentrale hat über Jahre hinweg den eigenen Anspruch vor Ort nicht mehr gelebt. Schließlich hat die Entwicklung der Kundenzahlen gezeigt, dass diese Geschäfte nicht zuletzt deshalb an Rückhalt immer weiter verloren haben. Auch das ist etwas, was uns besorgt.

Auf der anderen Seite sind aber auch Entwicklungen zu beobachten – und das ist gerade das, was die Landesregierung mit verschiedenen Projekten jetzt noch stärker unterstützt –, dass sich gerade Geschäftsfrauen – so erlebe ich es in meiner Heimatstadt – aufmachen, durch eine Verbindung zwischen stationärem und digitalem Handel mittels sozialer Netzwerke an Kunden heranzutreten, und auf diese Art und Weise auch im Zuge der Coronapandemie verhältnismäßig stabile Geschäftsergebnisse erzielen.

Das jetzt entsprechend auszubauen, wie es die Landesregierung angekündigt hat, das sind zukunftsweisende Projekte, das ist ein Fingerzeig in die Zukunft, der unseren stationären Handel stärkt, der Menschen vor Ort Mut macht und weitere dazu ermuntern wird, diese Lücken, die sich jetzt im Sortiment auftun, entsprechend zu schließen. Von daher ein Dank an die Landesregierung für das Ergreifen dieser Initiative.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Eine Bemerkung dann auch noch in Richtung der SPD. Von ihr kommt jetzt die Forderung, dass die Landesregierung das alles verhindern möge, dass sie einsteigt – alles relativ nebulös, und deswegen liegt ja auch kein Papier auf dem Tisch. Man wirft es einfach mal in den Raum. Es sind ohnehin nur Argumentationsfetzen, die mühsam zusammengekehrt werden, immer nur in dem Bemühen, nach Möglichkeit den Eindruck zu erwecken, als ob die Landesregierung keinen Plan habe. – Den hat sie; das hat sie gerade noch einmal deutlich gemacht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn man sich anschaut, wie Sozialdemokraten und Grüne vor Ort reagieren und wie sie vor Ort handeln, wird eine ganz, ganz große Diskrepanz zu dem deutlich, was Sie im Landtag veranstalten. Wir haben über alle Fraktionsgrenzen hinweg einen Antrag be-

schlossen, der keine Aufforderung an die Landesregierung enthält, sich entsprechend als Retter zu beteiligen. Denn man weiß, dass eine Rettung nur im Zusammenspiel der Kräfte in einem solchen Konzern möglich ist.

In der Vergangenheit allerdings hat Galeria Karstadt Kaufhof leider nicht den Eindruck erweckt, gewillt zu sein, gerade auch in den kreisangehörigen Städten wirklich ihre Geschäfte zu halten. Da ging es nur um Kosteneinsparungen und nicht darum, die Geschäfte auch langfristig zu sichern.

Deshalb ist es wichtig, dass den Kommunen geholfen wird, wie es die Landesregierung vorschlägt, dass man jungen und auch durchaus älteren Geschäftsinhabern Mut macht, den Weg in die Digitalisierung zu gehen, neue Geschäftskonzepte zu entwickeln und damit die Innenstädte vital zu halten. Ich glaube nicht nur an die Landesregierung, sondern ich bin mir sicher, dass wir das schaffen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schick. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Das bleibt auch so. Damit sind wir am Schluss der Aussprache, und ich kann die Aktuelle Stunde schließen.

Ich rufe auf:

3 Wir brauchen einen Pakt zum Schutz der Kinder!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/9815

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/9919

In Verbindung mit:

Starker Staat an der Seite der Schwächsten – Strafrechtliche Null-Toleranz im Kampf gegen Kindesmissbrauch und dessen Darstellung

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/9819

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/9920